



Haushalts- und Finanzausschuss

71. Sitzung (öffentlich)

19. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 | Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden in Folge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder (Gewerbesteuerausgleichsgesetz Nordrhein-Westfalen – GewStAusgleichsG NRW -) | 8 |
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11195
- Ausschussprotokoll 17/1188
- abschließende Beratung und Abstimmung, Votum an AHKBW
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt, die abschließende Beratung und Abstimmung in die nächste Sitzung des HFA am 23. November 2020 zu vertagen.

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (2. ELAGÄndG) 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11142

Stellungnahme 17/3107
Stellungnahme 17/3108
Stellungnahme 17/3213
Stellungnahme 17/3217

abschließende Beratung und Abstimmung, Votum an AHKBW

– Wortbeitrag

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

3 Bericht an den Landtag zur bevorstehenden Unterzeichnung von zwei Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern nach Artikel 91b des Grundgesetzes 10

Zuleitung gemäß § 85 Abs. 3 der Geschäftsordnung
Vorlage 17/4138

Drucksache 17/11810

– Wortbeitrag

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich der HFA abschließend mit der Vorlage befasst hat.

4 Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen gemäß § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des aufgelösten Bergischen Schulfonds, Landwirtschaftliche Flächen in Fröndenberg 11

Vorlage 17/4165

– Wortbeitrag

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen der Grünen stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4165 zu.

5 Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Nachtragshaushaltsgesetz 2020 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise 12

Vorlage 17/4099

Vorlage 17/4166

Vorlage 17/4202

Vorlage 17/4203

Vorlage 17/4204

Vorlage 17/4205

Vorlage 17/4206

Vorlage 17/4207

Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD: Antragsberechtigung für nicht gemeinnützige Vereine öffnen (bei Förderung nach § 52 Abs. 2 AO) (s. *Anlage 1*)

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: Programm auf OGS im Primarbereich ausweiten und mit 150 Millionen Euro ausstatten (s. *Anlage 2*)

Grundsätzliche Diskussion 12

– Wortbeiträge

Vorlage 17/4202 „Verlängerung der Ergänzung des Konjunkturprogramms des Bundes Lebenshaltungskosten von Solo-Selbstständigen sowie Einrichtung einer Titelgruppe zur Vereinnahmung und Verausgabung der Bundesmittel der außerordentlichen Wirtschaftshilfen des Bundes“ 14

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4202 zu.

Vorlage 17/4203 „Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden aus dem NRW-Rettungsschirm“ 16

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4203 zu.

Vorlage 17/4204 „Testungen für Reisende aus Risikogebieten“ 17

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4204 zu.

Vorlage 17/4205 „Leistungsausgaben nach § 56 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz“ 17

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4205 zu.

- Vorlage 17/4206 „Medienbereich – Ausfallfonds I für Kinofilme und High-End-Serienproduktionen und Ausfallfonds II für TV-Produktionen“** 17
- Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimmen der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4206 zu.
- Vorlage 17/4207 „Kosten im Rahmen der Impfungen gegen SARS-CoV-2“** 17
- Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4207 zu.
- Vorlage 17/4099 „Fortführung und Anpassung des Sonderprogramms ‚Heimat 2020‘,„** 20
- und:
- Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD: Antragsberechtigung für nicht gemeinnützige Vereine öffnen (bei Förderung nach § 52 Abs. 2 AO) (s. Anlage 1)** 20
- Wortbeiträge
- Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Maßgabenvorschlag der SPD ab.
- Mit den Stimmen von CDU, FDP, Grünen und AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4099 zu.
- Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: Programm auf OGS im Primarbereich ausweiten und mit 150 Millionen Euro ausstatten (s. Anlage 2)** 21
- Wortbeiträge
- 6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)** 23
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (2. Ergänzung)
- Vorlage 17/4022
Vorlage 17/4023
Vorlage 17/4024
Vorlage 17/4167

und

Finanzplanung 2020 bis 2024

Drucksache 17/11101

Ausschussprotokoll 17/1166 (Anhörung)

Ausschussprotokoll 17/1159 (Klausur)

In Verbindung mit:

Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung im November 2020

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 17/4188

– Wortbeiträge

7 Länderöffnungsklausel für eine zukunftsfähige Grundsteuer in NRW nutzen – Bodenwertmodell jetzt umsetzen 30

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/10625

Auswertung der schriftlichen Anhörung

Stellungnahme 17/3111

Stellungnahme 17/3311

Stellungnahme 17/3245

Stellungnahme 17/3246

Stellungnahme 17/3249

Stellungnahme 17/3252

Stellungnahme 17/3253

Stellungnahme 17/3254

Stellungnahme 17/3255

Stellungnahme 17/3285

– Wortbeiträge

8 Mögliche Cum-Ex-Verjährungen (Bericht angemeldet durch die SPD [s. Anlage 3]) 38

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 17/4108

– Wortbeiträge

9 Verschiedenes**41**

Einstimmig beschließt der Ausschuss, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umstrukturierung der Maßregelvollzugsbehörde Drucksache 17/11682 kein Votum abzugeben.

* * *

2 **Zweites Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (2. ELAGÄndG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11142

Stellungnahme 17/3107
Stellungnahme 17/3108
Stellungnahme 17/3213
Stellungnahme 17/3217

abschließende Beratung und Abstimmung, Votum an AHKBW

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/11142 an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend – und den Haushalts- und Finanzausschuss am 07.10.2020)

Vorsitzender Martin Börschel führt aus, der federführende Ausschuss habe eine schriftliche Anhörung durchgeführt und erwarte ein Votum.

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

